

Johannes Gutenberg-Universität Mainz
Institut für Film-, Theater- und empirische Kulturwissenschaft
Fach Kulturanthropologie/Volkskunde

Operation Lindwurm – Chemie-Waffen in Clausen

Die Umwelt- und Friedensbewegung in Rheinland-Pfalz

von

Lena Klein & Sophie Krüger

In: Roth, Jonathan (Hg.) (2013). Sozialdemokratie in
Rheinland-Pfalz – Dokumente aus drei Jahrhunderten.
www.sozialdemokratie-rlp.de

[lklein01@students.uni-mainz.de]
[krueger.sophie@gmail.com]

Inhalt

1	Operation Lindwurm.....	1
2	Clausen im Kontext der Friedensbewegung	2
3	Giftgas in Clausen.....	3
4	Julius Lehlbach und der Kampf gegen die C-Waffen.....	4
5	Abtransport der C-Waffen – Der Lindwurm setzt sich in Bewegung	7
6	Resümee.....	8
	Literatur	10
	Quellen	11
	Bildnachweis	11

Abstract

Dieser Beitrag behandelt die Dokumentgeschichte eines Fotos, das im Juli 1990 in der Regionalzeitung „Die Rheinpfalz“ im Raum Pirmasens veröffentlicht wurde. Das Bild zeigt die Ausführung der „Operation Lindwurm“, den Abtransport von amerikanischen Giftgasgranaten aus dem pfälzischen Ort Clausen. Die Hintergründe zu diesem Bild zeichnen nicht nur die Geschichte von Chemiewaffen in Deutschland nach. Sie erzählen ein Stück der Geschichte Deutschlands, Rheinland-Pfalz, der Friedensbewegung, der SPD, des DGB sowie insbesondere ein Stück der Geschichte der Person Julius Lehlbachs. Wie sich diese Puzzleteile zu einem Gesamtbild zusammenfügen, zeigen die folgenden Ausführungen über eine Aktion, die in den Geschichtsbüchern bislang wenig Beachtung fand.

1 Operation Lindwurm

Am 27. Juli 1990 erscheint in der Zeitung „Die Rheinpfalz“ ein Foto, das einen Konvoi aus mehreren LKW und Begleitwagen zeigt, der sich zwischen Wald und Wiese seinen Weg bahnt. In der Bildunterschrift ist von amerikanischem Giftgas im rheinland-pfälzischen Ort Clausen die Rede. In welchem Zusammenhang diese drei Themen bestehen und weshalb das Dokument für die deutsche Friedensbewegung eine bedeutende historische Rolle spielt, soll in diesem Beitrag dargestellt werden.



Pünktlich um 8 Uhr gestern morgen verließ der erste Konvoi mit amerikanischem Giftgas das US-Depot bei Clausen. Zwischenfälle gab es auf der rund 50 Kilometer langen Strecke bis nach Miesau nicht. Bereits heute zur selben Zeit windet sich der Lindwurm zum zweiten Mal. Foto: Seebald

Abb. 1: Foto der Zeitung „Die Rheinpfalz“ vom 27.07.1990

Anlass des Transports ist die geplante Vernichtung eingelagerter Chemiewaffen (C-Waffen) im Pazifik (Der Spiegel 3/1990, 14). Der Ausgangspunkt der Logistikaktion hingegen liegt inmitten des Pfälzer Waldes nahe der rheinland-pfälzischen Ortschaft Clausen. Das Foto des Abtransportes verbildlicht das Ergebnis jahrelanger Abrüstungs-bemühungen der Friedensbewegung und anderer gesellschaftspolitischer Gruppen. Dass es bis dahin kein leichter Weg war, wird sich bei genauerer Betrachtung der Dokument-geschichte zeigen. Denn nicht nur die Amerikaner – deren Giftgas es war, das auf deut-schem Boden lagerte – und die deutsche Regierung waren sich über den Umgang mit den gefährlichen Waffen uneinig. Auch in der deutschen Öffentlichkeit schien die Frage „C-Waffen-Abtransport: Ja oder Nein?“ zu manchen Differenzen zu führen (vgl. Der Spiegel 20/1986, 120; Der Spiegel 42/1987, 14–15). Dabei sollten der DGB und insbe-sondere das Engagement des langjährigen Vorsitzenden Julius Lehlbach (1922–2001) bei der Entwicklung der Ereignisse eine bedeutende Rolle spielen.

Um verstehen zu können, welche Brisanz das Thema hatte, ist es notwendig, das Klima der Zeit zu vergegenwärtigen. Rheinland-Pfalz hatte durch die Stationierung großer NATO-Militärkontingente den Titel „Flugzeugträger der NATO“ (vgl. Kißener 2006, 206). Bereits durch die Besatzungszeit und vor allem durch den Bau von NATO-Flughäfen, einer davon in Zweibrücken nahe Clausen, war die Bevölkerung an eine ständige Präsenz ausländischer Truppen gewöhnt und profitierte in vielen Fällen auch von ihnen, da die Stützpunkte auch Arbeitgeber für viele deutsche Zivilisten waren. Die Diskussion um die Einrichtung neuer NATO-Stützpunkte, die zum Teil große Veränderungen für Landschaft und Infrastruktur mit sich brachten, aber auch das spätere Wissen um die dort gelagerten (und wie im Fall Clausen nicht ungefährlichen) Güter, riefen die Friedensbewegung der 80er Jahre auf den Plan (vgl. Kißener 2006, 211–213).

Wenn die Aktion des Abtransportes auch weltweit verfolgt wurde und eines der größten ‚zivilmilitärischen‘ Ereignisse in der Geschichte der Bundesrepublik darstellt, so findet es doch in der Forschung nur wenig Beachtung. Dieser Artikel will versuchen, diese Lücke ein Stück weit zu schließen.

2 Clausen im Kontext der Friedensbewegung

In der Bundesrepublik Deutschland gab es nach 1945 eine große Zahl gesellschaftlicher Gruppen, die sich auf unterschiedliche Weise für die Friedenssicherung einsetzten. Zusammenfassend werden sie häufig als *die* Friedensbewegung bezeichnet. Da die einzelnen Gruppen in ihren spezifischen Zielen, Strukturen und Arbeitsweisen jedoch sehr heterogen waren, kann genau genommen nicht von *einer* großen Friedensbewegung gesprochen werden.

Der Kampf um den Abzug der C-Waffen aus der Bundesrepublik vereinte die Ziele zweier verschiedener Strömungen. Zum einen die einer Bewegung, die Mitte der 50er Jahre einsetzte und sich gegen die Entwicklung, Lagerung und den Einsatz von ABC-Waffen stark gemacht hatte. Zum anderen die Ziele derjenigen, die später für die deutsche Abrüstung und damit gegen den NATO-Doppelbeschluss argumentierten. Der NATO-Doppelbeschluss bedeutete eine Nachrüstung durch US-amerikanische Raketen in Westdeutschland und rief viele Proteste auf den Plan.

Nachdem sowohl der Kampf gegen die ABC-Waffen als auch gegen den NATO-Doppelbeschluss Anfang der 80er Jahre gescheitert waren, bot die Debatte um die chemischen Waffen in Rheinland-Pfalz Ende der 80er Jahre beiden Lagern wieder die Gelegenheit, ihre Ziele weiter zu verfolgen. Die bis Ende der 80er Jahre abgeebbte Friedensbewegung bekam somit neuen Antrieb durch die Schlagzeilen aus Clausen.

Mit dem Abtransport der C-Waffen im Jahr 1990 konnte diese neue Strömung der Friedensbewegung letztlich ein fassbares Ergebnis vorweisen. Inwiefern dieses auch tatsächlich den Bemühungen der Friedenskämpfer zuzuschreiben ist, oder ob es eher durch das politische Gesamtklima und die Haltung der Bundesregierung zustande kam, ist allerdings bis heute Auslegungssache (vgl. Buro 2008, 268–271).

3 Giftgas in Clausen

Die Geschichte der „Operation Lindwurm“ beginnt mit einem Beitrag des TV-Magazins „Monitor“ im April 1981. Darin wird berichtet, dass sich im rheinland-pfälzischen Fischbach nahe Pirmasens das US-amerikanische Hauptlager für Nervengasmunition befinden soll. Weiterhin sei nach amerikanischen Auskünften bekannt, dass in Deutschland insgesamt 2 000 Tonnen Nervengift gelagert werden, vornehmlich im Rhein-Main-Gebiet. Bereits vor der Veröffentlichung des TV-Berichts hatte eine Gruppe von Umweltschützern die Lagerung von Giftgas in der Westpfalz vermutet. Pfälzische Gewerkschafter und eigens gegründete Bürgerinitiative in Pirmasens hatten daraufhin ihre Sorgen zum Ausdruck gebracht. Der „Monitor“-Bericht lieferte schließlich die Gewissheit.

Die Politik hielt sich mit Informationen zu diesem Sachverhalt vorerst zurück. Ob aus Kalkül oder sonstigen Gründen: die Vertreter der Parteien vermieden es, die rheinland-pfälzische Bevölkerung über die Gefahren der Lagerung der tödlichen Giftgas-Waffen, geschweige denn über die Folgen möglicher Unfälle zu informieren.

Schließlich war es der DGB Rheinland-Pfalz, der sich die Aufklärung der Bevölkerung und den Abtransport der C-Waffen zum Ziel setzte. Der DGB folgte dabei seinem Grundsatzprogramm, das den Einsatz für die Sicherung des Friedens betont. Die Lagerung amerikanischer Waffen – gegen deren Herstellung sich Deutschland selbst offiziell ausgesprochen und verpflichtet hatte – ging damit nicht konform. Der DGB organisierte Großkundgebungen gegen die Giftgaslager, trat in Kontakt mit der Landes- und Bundesregierung und forderte wiederholt den Abzug der C-Waffen aus Rheinland-Pfalz und aus Deutschland insgesamt (vgl. Heimes 2004, 133–150). Nachrichten über die tödliche Wirkung der Nervengifte sorgten für eine zunehmende Beunruhigung in der Bevölkerung. So war im Magazin „Der Spiegel“ im Februar 1982 zu lesen:

„Wer auch nur einen Nebeltropfen des geruchlosen Nervengiftes VX auf die Haut bekommt, hat nicht mehr lange zu leben: Atemnot, Schweißausbrüche, Erbrechen und Erblindung sind die ersten Symptome. [...] Tödliche VX-Dosis für einen Menschen: 0,4 Milligramm.“ (Der Spiegel 8/1982, 32)

In den amerikanischen Waffenlagern in Rheinland-Pfalz lagerten mehrere Tonnen VX sowie Sarin, einem Nervengas mit ähnlicher Wirkung. Es bestanden zudem Pläne der US-amerikanischen Administration unter Präsident Ronald Reagan, diese Lager noch weiter aufzufüllen (vgl. Der Spiegel 8/1982, 32–34).

Doch an der Informationspolitik der Bundesregierung unter Bundeskanzler Helmut Schmidt schien sich – trotz des Engagements des DGBs – vorerst nichts zu ändern: Der damalige rheinland-pfälzische Ministerpräsident Bernhard Vogel hatte dem DGB gegenüber schon im Februar 1981 erklärt, dass bezüglich der „angeblichen[n] Lagerung von chemischen Kampfstoffen [...] die auf deutscher Seite allein zuständige Bundesregierung“ für die Aufklärung verantwortlich sei (Lehlbach 1984, 22). Die Bundesregierung verweigerte wie bereits zuvor jegliche Auskunft. Sie könne „aus Gründen der mili-

tärischen Geheimhaltung auf Anfragen keine Auskunft erteile[n] und auch falsche Angaben nicht dementiere[n]“ (Lehlbach 1984, 22). Auch ein Jahr nach den ersten Berichten über Giftgas in Rheinland-Pfalz waren keine weiteren Informationen über Details der Lagerung, wie etwa Ort oder Menge, offiziell bekannt gegeben worden.

Im August 1982 versuchten einige Landespolitiker und Gewerkschafter schließlich auf anderem Wege das Geheimnis um die C-Waffen zu lüften und deren Lagerung zu unterbinden. Der DGB-Vorsitzende Julius Lehlbach ging so weit, die Bundesregierung im August 1982 durch eine Verfassungsbeschwerde zum Handeln zu zwingen (vgl. Der Spiegel 35/1982, 39; Heimes 2004, 156). Er warf der Regierung vor, gegen den Artikel 2, Absatz 2, des Grundgesetzes zu verstoßen, das ein „Recht auf Leben und körperliche Unversehrtheit“ garantiert (Lehlbach 1984, 77). In der vom DGB initiierten und den Rechtswissenschaftlern Michael Bothe und Wolfgang Däubler erarbeiteten Verfassungsbeschwerde wurde schließlich gefordert, „das von den Amerikanern gelagerte Giftgas aus der Bundesrepublik zu vertreiben, weil unsere Vergangenheit, unsere geographische Lage und unser Grundgesetz dies eindeutig verlangen“ (Lehlbach 1984, 48).

Julius Lehlbach wurde bald zur zentralen Figur der Kampagne gegen die Giftgaslager in Rheinland-Pfalz. Sein Engagement liegt dabei nicht allein in den gesellschaftspolitischen Fragen der Zeit begründet. Ein Blick auf seine Biographie veranschaulicht, mit welcher Motivation sich Lehlbach für den Abzug der C-Waffen einsetzte.

4 Julius Lehlbach und der Kampf gegen die C-Waffen

Julius Lehlbach, am 24. Februar 1922 in Mainz geboren, hatte in seiner Jugend lange den Wunsch, Schriftsteller zu werden. Da er im Zweiten Weltkrieg ein Bein verlor und seine Eltern nach dem Krieg auf seine Unterstützung angewiesen waren, wählte er den Beruf des Industriekaufmanns (vgl. Heimes 2004, 46). Doch die Umstände brachten für Lehlbach auch neue Aufgaben mit sich:

„Nach den Erfahrungen des Zweiten Weltkriegs hat er gelobt, vier Dinge nie wieder zu dulden: Krieg, Diktatur, Unfreiheit und Hunger. Dieses Gelöbnis soll in ein unermüdliches Engagement für Frieden, Freiheit, Demokratie und soziale Gerechtigkeit münden“ (Heimes 2004, 47). Seine Erfahrungen und Einstellungen bewirkten es, dass sich Lehlbach der Politik zuwandte.



Abb. 2: Julius Lehlbach in den 1960er Jahren.

So fungierte er unter anderem von 1965 bis 1986 als Landesbezirksvorsitzender des DGB Rheinland-Pfalz und hatte als SPD-Mitglied ab 1971 über zwei Legislaturperioden einen Sitz im rheinland-pfälzischen Landtag. Doch Lehlbach gehörte nie zu den ‚klassischen‘ Politikern. Als Gewerkschafter verstand er sein Amt zwar politisch, nie aber parteipolitisch. Auch die hierarchischen Strukturen seiner Partei waren ihm fremd. Oft legte er sich daher auch mit den ‚heiligen Kühen‘ im Parteivorstand der SPD an“ (Meyer 2004, 10), um für seine Ziele zu kämpfen.

So ließ er sich auch nicht von seinem Plan abbringen, den Abtransport aller amerikanischen C-Waffen aus Rheinland-Pfalz zu erreichen. Aufgrund seiner persönlichen Erfahrungen aus dem Zweiten Weltkrieg war er schon im Vorfeld ein überzeugter Anhänger der Friedensbewegung und setzte sich aktiv gegen den NATO-Doppelbeschluss ein. Als schließlich in der „Monitor“-Sendung von amerikanischen Giftgaslagern in Rheinland-Pfalz – seinem unmittelbaren Wirkungskreis – berichtet wurde, beschloss Lehlbach, sich für deren Abtransport einzusetzen: „dem Thema würde er sich annehmen. [...] Jetzt, das habe er gespürt, jetzt sei er gefragt“ (Heimes 2004, 142). Er stellte sich an die Spitze derjenigen, die gegen die C-Waffen der Amerikaner kämpften – trotz mangelnder Unterstützung aus der eigenen Partei und schließlich auch der Ablehnung seiner erneuten Aufstellung für den Landtag. Eines wird dabei besonders deutlich: In seinem Wirken schien er sich zuallererst als Überzeugungstäter, dann erst als Taktiker zu verstehen (vgl. Heimes 2004, 19-31; Meyer 2004, 9–11).

Der damalige rheinland-pfälzische Ministerpräsident Kurt Beck fasste nach Lehlbachs Tod am 4. März 2001 die Leistungen des engagierten Friedenskämpfers mit den Worten zusammen: „Julius Lehlbach hat sein Leben dem Engagement für Frieden, Demokratie, Mitbestimmung und soziale Gerechtigkeit gewidmet“ (Heimes 2004, 9).

„So kann man mit Ratten und Mäusen umgehen“

Julius Lehlbach sah eine unabdingbare Notwendigkeit darin, gesetzliche Regelungen über die Lagerung von C-Waffen in Deutschland zu erlassen. Über den bisherigen Umgang der Regierung mit diesem Thema sagte er: So könne man „mit Ratten und Mäusen verfahren, nicht aber mit der Bevölkerung“ (Der Spiegel 35/1982, 39).

Auch die SPD wollte sich nicht mehr länger an das Geheimhaltungsgebot der Bundesregierung halten. Dem pfälzischen SPD-Vorsitzenden Willy Rothley wurde der Zugang zum Waffendepot in Fischbach durch US-Streitkräfte untersagt, woraufhin er rechtliche Schritte ankündigte, „um sich vor Ort informieren zu können“ (Der Spiegel 35/1982, 39). Was folgte, war eine Organklage von 17 SPD-Bundestagsabgeordneten im Frühjahr 1983, die sich in ihrem Informationsrecht als Volksvertreter beschnitten sahen. Wie bereits die vom DGB initiierte Verfassungsbeschwerde verfolgte die Maßnahme das politische Ziel, die C-Waffen-Lager in Deutschland vollständig aufzulösen. Nun war es also am Bundesverfassungsgericht, die grundgesetzliche Zulässigkeit der Lagerung amerikanischer C-Waffen zu prüfen (vgl. Der Spiegel 11/1983, 59–61).

Folgen und Erfolge der Anti-C-Waffen-Bewegung

Im Jahr 1987 wies das Bundesverfassungsgericht die Klage zurück. Da die 4 000 Tonnen Sarin und VX zur Abschreckung dienten, sei ihre Lagerung auf deutschem Boden verfassungsrechtlich zulässig. Zudem müsse in diesem Fall das Hoheitsrecht der USA auf deutschen Boden respektiert werden (vgl. Der Spiegel 53/1987, 50).

Doch die Giftgas-Gegner waren auch nach dem Einreichen der Verfassungsbeschwerde weiter aktiv und konnten auf anderen Wegen Erfolge erzielen. Als in Folge des Scheiterns der Regierungskoalition aus SPD und FDP im Oktober 1982 Helmut Schmidt im Amt des Bundeskanzlers von Helmut Kohl abgelöst wurde, versuchte Lehlbach nach den vorherigen Widerständen im Kanzleramt nun Kohl von der Notwendigkeit des Abzuges der C-Waffen zu überzeugen. Zeitgleich schrieb er im Januar 1984 an den Staatsratsvorsitzenden der DDR, Erich Honecker, dem er dasselbe Anliegen unterbreitete (vgl. Heimes 2004, S. 156–161). Honeckers Antwort lies nur wenige Tage auf sich warten. Er betonte, die DDR stehe

„allen vernünftigen Vorschlägen positiv gegenüber, die darauf gerichtet sind, schrittweise zu einem von C-Waffen freien Europa zu gelangen. [...] Wie Sie sehen, sehr geehrter Herr Lehlbach, betont die DDR nicht nur die Friedensliebe. Sie ist bereit, jederzeit in direkte Verhandlungen einzutreten“ (zit. n. Lehlbach 1984, 27–28).

Helmut Kohl zeigte sich jedoch – wie schon sein Vorgänger – weniger kooperativ. Anstatt zunächst ein deutsch-deutsches und schließlich europäisches Abkommen über ein C-Waffen-Verbot abzuschließen, zog das Bundeskanzleramt es vor, auf ein entsprechendes weltweites Verbot als Ergebnis der Genfer Verhandlungen zu warten. Dabei gilt es allerdings anzumerken, dass das Stationierungsabkommen der USA von 1954 den Amerikanern gestattete, „ihre nach Kriegsende in Westdeutschland angelegten C-Waffen-Depots auch ohne Konsultationen neu aufzufüllen“ (Der Spiegel 20/1986, 120). Dass die Bundesrepublik Deutschland sich nicht eigenmächtig und ohne Zustimmung der USA für ein Lagerungsverbot von C-Waffen auf deutschem Boden einsetzte, ist somit in den vertraglichen und diplomatischen Beziehungen zu den USA begründet.

Schließlich kam es zu einem entscheidenden Wendepunkt: Als sich US-Präsident Reagan und Bundeskanzler Kohl im Mai 1986 auf dem Weltwirtschaftsgipfel in Tokio trafen, gingen der Bundeskanzler und sein Außenminister Hans-Dietrich Genscher (FDP) in die Offensive. Sie setzten sich letztlich erfolgreich für eine Vereinbarung über den Abzug der C-Waffen aus Deutschland ein. Im Gegenzug mussten sie der Produktion eines neuen Typs Giftgasgranaten zustimmen. Diese durften aber zu Friedenszeiten ausschließlich in den Vereinigten Staaten gelagert werden (vgl. Der Spiegel 20/1986, 120; Der Spiegel 42/1987, 14–15).

Ob Kohls Kurswandel in direktem Zusammenhang mit Lehlbachs Einsatz stand, muss an dieser Stelle offen bleiben. Es scheint jedoch naheliegend, dass der anhaltende Druck von außen nicht völlig spurlos an den Entscheidern vorübergegangen ist. In Lehlbachs Biografie wird dazu angemerkt: „Ohne das persönliche Engagement Julius

Lehlbachs gegen die Lagerung von Giftgas in Rheinland-Pfalz wäre der Protest der Pirmasenser Bürgerinitiative auf die Westpfalz begrenzt geblieben“ (Heimes 2004, 148). Die Akteure der Protestbewegung selbst bewerteten ihr Engagement rückblickend als Erfolg.

5 Abtransport der C-Waffen – Der Lindwurm setzt sich in Bewegung

Der Abtransport war also beschlossen. Nun standen die Planung und Organisation der Transportaktion Operation Lindwurm auf der Agenda. Ganz reibungslos ging dies nicht vonstatten: Vor allem die Auseinandersetzungen zwischen Deutschland und den USA über angemessene Sicherheitsvorkehrungen und die Geheimhaltungsvorschriften stellten nur schwer überwindbare Hürden dar. So wollten die amerikanischen Behörden die deutsche Bevölkerung ursprünglich erst nach Abschluss des Abtransports informieren (vgl. Der Spiegel 41/1989, 16). Letztlich fanden sich jedoch für alle Punkte Einigungen und der Plan stand: Ende Juni 1990 sollte das Giftgas per Lastwagen vom Waffendepot zum Güterbahnhof gebracht werden. Von dort sollten sie zum Nordseehafen Nordham transportiert und schließlich in den Pazifik zum Johnston-Atoll verschifft und dort vernichtet werden (vgl. Der Spiegel 3/1990, 14; Der Spiegel 52/1989, 58).

Im Juli 1990 begann nach vielen Übungseinsätzen schließlich der tatsächliche Abtransport, der bis auf eine kurze zeitliche Verzögerung wie geplant stattfinden konnte. Wie einzigartig die großangelegte Logistikaktion war, spiegelte sich in der medialen Berichterstattung wieder. Weltweit wurden in den Nachrichten die Bilder der abrückenden Giftgastransporter gezeigt, so auch in Russland, China und Großbritannien (ZDF, „die reportage“. Der Giftgastransport. Über den Abzug von 100 000 Gasgranaten. 1990).

Vor allem bei den Anwohnern rund um das Giftgasdepot löste der Tag des letzten Transports große Erleichterung aus. Nach 20 Jahren Lagerung auf pfälzischem Boden waren die über 100 000 Giftgasgranaten der U. S. Army endlich aus der Nachbarschaft verschwunden. Auf dem Fest, das Innenminister Rudi Geil (CDU) zu diesem Anlass veranstaltete, hielt Bundeskanzler Kohl eine Ansprache: „Die Clausener Kinder sollen sich später zurückerinnern an den Tag, an dem ein Stück Frieden für jedermann sichtbar geworden ist“ (Der Spiegel 44/1990, 72). Neben den Christdemokraten waren auch die Aktivisten der Umwelt- und Friedensbewegung davon überzeugt, der Abzug der chemischen Waffen sei ihr Verdienst (vgl. Der Spiegel 44/1990, 72).

Die Operation Lindwurm und die deutsche Sozialdemokratie im Wandel

Bei der Betrachtung der Person Lehlbachs zeigte sich bereits, dass er in seiner Rolle als DGB-Funktionär mit der SPD nicht immer konform ging. Auch in Bezug auf den Abtransport der C-Waffen kam es zu Differenzen. So wurde Lehlbach beispielsweise be-

züglich der Verfassungsbeschwerde gegen das Giftgas nicht vorurteilsfrei von seinen Parteigenossinnen und -genossen unterstützt. Dass er kurze Zeit später auch sein Amt in der SPD verlor, ist nur ein weiteres Indiz dafür, dass seine Partei Lehlbachs Engagement eher kritisch gegenüberstand (vgl. Meyer 2004, 11).

Der Hintergrund dieser kritischen Distanz mag mit dem programmatischen und strukturellen Wandel der SPD seit den 1960er Jahren zusammenhängen. Mit dem Godesberger Programm 1959 legte die SPD-Führung den Grundstein für eine Entwicklung hin zu einer „sozial und geistig offenen“ Volkspartei (Lösche & Walter 1992, 149). Der Mitgliederzuwachs in den 1960er Jahren führte außerdem zu einer veränderten Sozialstruktur. Nicht nur unter den Parteiangehörigen, auch im Kreis der Funktionäre und Mandatsträger stieg der Anteil an Angestellten und Beamten. Die SPD verstand sich zunehmend nicht mehr nur als Vertreter der Arbeiterschaft, sondern auch der neuen Mittelschicht.

Diese Entwicklungen schlugen sich nicht zuletzt in einer verstärkt staatstragenden politischen Positionierung nieder, etwa dem Bekenntnis zur sozialen Marktwirtschaft und zur Landesverteidigung der Bundesrepublik. Die Übernahme der Regierungsverantwortung im „sozialdemokratischen Jahrzehnt“ der 1970er Jahre (Faulenbach 2011) wird auch als Ergebnis dieser programmatischen Neuausrichtung verstanden. Das verhaltene Engagement gegen die Nachrüstungsplänen der NATO sowie die Distanz zur Friedensbewegung lässt sich somit in gewisser Hinsicht in den Kontext einer sukzessiven Transformation sozialdemokratischer Politik in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts einordnen (vgl. Buro 2008, 273).

Zwar forderte auch das Godesberger Programm dezidiert einen Einsatz für die Abrüstung, dem auch aktive Bestrebungen für eine chemiewaffenfreie Zone in Europa entsprachen – so gründete die SPD beispielsweise eine Arbeitsgruppe, die zu diesem Zweck auch mit der SED zusammenarbeitete (vgl. Heimes 2004, 167–168). Der endgültige Abtransport der C-Waffen wurde allerdings weniger dem Engagement der Sozialdemokraten zugeschrieben. So konstatierte Julius Lehlbach nachdrücklich: „Der Abrüstungserfolg ist eindeutig dem DGB und der Friedensbewegung mit zu verdanken“ (Heimes 2004, 240).

6 Resümee

Betrachtet man vor diesem Hintergrund erneut das Ausgangsdokument dieses Beitrages, lässt sich sicherlich mehr erkennen als ein LKW-Konvoi zwischen Wald und Wiesen. Das Bild repräsentiert ein zentrales Ereignis für die späte Phase der Friedensbewegung, die sich über Jahrzehnte für die Abrüstung amerikanischer Waffen in Deutschland stark gemacht hatte. Es verkörpert auch das Resultat eines gewerkschaftlichen Engagements in dieser Frage und insbesondere den persönlichen Einsatz Julius Lehlbachs, der seit Bekanntwerden der Lagerung amerikanischer C-Waffen in Rheinland-Pfalz mit lauter Stimme und an vorderster Front für den Abzug gekämpft hatte. Es zeugt dabei auch von

dem wechselhaften Verhältnis zwischen SPD und DGB und damit zwischen zwei Vertretern der Arbeiterbewegung in der Gestaltung von Außen- und Friedenspolitik.

Besucht man heute das Areal des ehemaligen Giftgaslagers in Clausen, so erinnern die Bilder beinahe an die Zeit der Nutzung durch das US-Militär. Wieder ist das Gelände eingezäunt und sowohl durch Kameras als auch Sicherheitspersonal überwacht. Dies war lange Zeit nach dem Abtransport des Giftgases nicht der Fall.

Nach dem Abzug der amerikanischen Truppen ging das Gelände in den Besitz der Gemeinde Clausen über. Der Umgang mit dem ca. 20 Hektar großen Areal erwies sich als Herausforderung. Für die Nutzung der Bunkeranlage gab es keinen Bedarf, ein Abriss der militärischen Anlagen war für die Gemeinde nicht zu finanzieren. Lange Zeit lag das Gelände brach und wurde bald ein Treffpunkt abenteuerlustiger Jugendlicher. 2011 fand sich schließlich ein Käufer. Hinter den neuen Zaunanlagen wird das Gelände mittlerweile zur Erzeugung von Solarenergie genutzt.

Doch nicht nur die wirtschaftliche Umwidmung des früheren Giftgaslagers ruft die Operation Lindwurm immer wieder in die Erinnerung der ansässigen Bevölkerung. Viele Bürger erinnern sich an die Konvois, die mit ihrer gefährlichen Fracht über Wochen hinweg durch die Ortschaft fuhren. Doch kursieren gerade hinsichtlich dieser „gefährlichen Fracht“ bis heute Zweifel. Obwohl von Seiten der Behörden immer wieder eindringlich dementiert, behaupteten damals wie heute manche Skeptiker, dass die Konvois ohne Ladung das Lager verließen, da die Giftgasgranaten bereits vor Anlaufen der Operation Lindwurm abtransportiert worden waren. Möglich sei ein solches Szenario, da es für die Menschen der Südwestpfalz in diesen Tagen immerhin nichts Besonderes gewesen sei, dass militärische Fahrzeuge auch zu ungewöhnlichen Tageszeiten auf den Straßen unterwegs waren. Belege, die diesen Verdacht untermauern, fehlen allerdings bis heute. In jedem Fall veranschaulichen die anhaltenden Gerüchte um die wahrhaftigen Umstände des Abtransports die symbolische Bedeutung der Ereignisse in Clausen im Jahr 1990.

Ob nun in der berühmten Operation Lindwurm oder in einer heimlichen Aktion: Für die Bevölkerung der Südwestpfalz ist nach wie vor entscheidend, dass das Giftgas aus ihrer Region verschwunden ist und bleibt.

Literatur

- Buro, Andreas (2008). Friedensbewegung. In: Roth, Roland; Rucht, Dieter (Hg.). *Die sozialen Bewegungen in Deutschland seit 1945. Ein Handbuch* (267–292). Frankfurt/Main.
- Faulenbach, Bernd (2011). *Das sozialdemokratische Jahrzehnt. Von der Reformeuphorie zur neuen Unübersichtlichkeit. Die SPD 1969-1982*. (Die deutsche Sozialdemokratie nach 1945, Bd. 3). Bonn.
- Heimes, Ernst (2004). *Das Ziel unserer Sehnsucht ist weit. Julius Lehlbach 1922–2001*. Mainz.
- Kißener, Michael (2006). *Kleine Geschichte des Landes Rheinland-Pfalz. 1945–2005. Wege zur Integration eines „Nachkriegsbundeslandes“*. Karlsruhe.
- Lehlbach, Julius (Hg.) (1984). *Gewerkschaften gegen Giftgas. Verfassungsbeschwerde gegen die Lagerung amerikanischer C-Waffen in der Bundesrepublik*. Köln.
- Lösche, Peter & Walter, Franz (1992). *Die SPD. Klassenpartei, Volkspartei, Quotenpartei. Zur Entwicklung der Sozialdemokratie von Weimar bis zur deutschen Vereinigung*. Darmstadt.
- Meyer, Hans-Georg (2004). Vorwort. In: Heimes, Ernst (Hg.). *Das Ziel unserer Sehnsucht ist weit. Julius Lehlbach 1922–2001* (9–12). Mainz.

Quellen

- Der Spiegel. (1982a). „Todeswolken über Europa“. 8, 32–52.
- Der Spiegel. (1982b). „Giftgas. Grundrecht ausgehöhlt“. 35, 39–42.
- Der Spiegel. (1983). *Giftgas. Ängste und Gerüchte*. 11, 59–61.
- Der Spiegel (1986). *Chemie Waffen: Geschichtliche Chance*. 20, 120–121.
- Der Spiegel. (1987a). *C-Waffen: Abtransport nach Fahrplan*. 42, 14–15.
- Der Spiegel. (1987b). „So kann man mit Ratten und Mäusen umgehen“. 53, 50–52.
- Der Spiegel. (1989a). *Streit um Giftzüge*. 41, 16.
- Der Spiegel. (1989b). *Gifttransporte: Tödlich in 20 Kilometern*. 52, 58–63.
- Der Spiegel. (1990a). *Operation Lindwurm*. 3, 14.
- Der Spiegel. (1990b). *Giftgas ging, Unrecht bleibt*. 44, 72–77.
- ZDF, „die reportage“. Der Giftgastransport. Über den Abzug von 100 000 Gasgranaten.
Regie/Drehbuch: Ulrike Eichin und Ingolf Frankenstein, ZDF 1990. Ausstrahlung
ZDF, 31.08.1990. 44 Min., Farbe

Bildnachweis

- Abb. 1: Der erste Konvoi verlässt das Giftgaslager Clausen. „Die Rheinpfalz“, 27.07.1990. Stadtarchiv Pirmasens, Giftgas.
- Abb. 2: Julius Lehlbach in den 1960er Jahren. In: Heimes 2004, 60.